



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 3 / Oktober 2021

www.prodemokratie.com

Klimaticket, öko-soziale Steuerreform?

1 – 2 – 3, fertig ist die Pflanzerei

Zuerst wurde noch vor den Wahlen in Oberösterreich und Graz das „Klimaticket“ präsentiert, dann gleich nach den Wahlen die angebliche öko-soziale Steuerreform. Historisch? Nein, sondern ein großer Ökoschmäh und große Umverteilung nach oben.

Klimaticket?

Nun, in Wien gibt es schon seit Jahren das 365-Euro-Jahresticket, für Pensionist*innen um 235 Euro. Also für rund 20% der Bevölkerung ändert sich da nichts. Und das als Durchbruch bezeichnete „Österreich-Ticket“ um 1.095 Euro? Das soll sich erst einmal leisten können, der im Schnitt zwischen 1.000 und 1.500 Euro im Monat netto hat – und das ist die große Masse der Bevölkerung. Entlastung gibt es zum Teil für die Pendler*innen – ob die deshalb auf Bahn und Bus umsteigen, wo doch das Angebot besonders im ländlichen Raum total ausgedünnt ist und in den Städten zunehmend Bahn- und U-Bahn überfüllt sind und S-Bahnzüge oft ausfallen. Was fehlt ist ein massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs vor allem am Land. Doch will das die Regierung überhaupt, ist sie doch den Autokonzernen verpflichtet, siehe MAN-Steyr, siehe BMW usw. Jahrzehntlang wurde die Bahn ausgedünnt, jetzt rühmt man sich wegen der 17 Milliarden Euro für den Ausbau bis 2030. Das war längst fällig. Und die Verlagerung des Transports der Güter und Waren vom LKW auf die Bahn – das hören wir seit 40 Jahren – findet nicht statt, im Gegenteil. Die Frächter haben seit den EU-Beitritt 1995 Milliarden an Steuern und Abgaben für die Straße reduziert bekommen. Kostenwahrheit zwischen Bahn und LKW gibt es nicht. Bahnanschlüsse an Firmen wurden und werden gekappt statt ausgebaut. In den letzten zehn Jahren ist der Marktanteil der Schiene am Güterverkehr von 33% auf 28% zurück gegangen. Dabei ist die Bahn 40-mal klimafreundlicher als der LKW: Ein Güterzug ersetzt ca. 40 LKW!

Aber die EU und Österreichs Regierende in Stadt und Land haben anderes vor: Straßenausbau für den Frächterverkehr im sogenannten Transeuropäischen Netz (TEN), das gleichzeitig als Militärinfrastruktur geplant ist und wird. Dazu zählt auch der Lobau-Tunnel in Wien mit Anbindung an das OMV-Tanklager – wie praktisch für Militärnachschub im Fall des Kriegsfall. Daher ist der Protest dagegen nicht nur umwelt- und klimaschonend, sondern auch für Frieden und die Neutralität Österreichs wichtig. Wie wichtig zeigt sich immer wieder, weil z.B. EU- und NATO-Staaten auf Österreichs Straßen ihre Militäraufmarschpläne proben – zuletzt im Rahmen des riesigen Militärmanövers in Osten Europas im Mai/Juni 2021 – wir berichteten und beteiligten uns am Protest dagegen.

Steuerreform – ökologisch?

„CO₂-Steuer“ und „Ökobonus“ sind angeblich der so gewaltige und laut Vizekanzler Kogler „historische Einstieg“ in den Klimaschutz. Doch handelt es sich bei dieser Steuerreform, wenn man alles zusammenfasst, also auch die Ausnahmen und Zusatzerleichterungen für Bauern, Waldbesitzer, Immobilienbesitzer und die Industrie und deren Körperschaftssteuer-Senkung (Details dazu siehe weiter unten), um eine enorme Belastung der Bevölkerung im grünen Mäntelchen. Besonders benachteiligt sind jene Teile der Bevölkerung, die eher nicht ÖVP wählen wie Städter und Menschen mit wenig Einkommen oder Arbeitslose. Der „CO₂-Ökobonus“, der zuerst über die CO₂-Steuer einkassiert und dann ungerecht verteilt zurückfließt (zwischen 100 Euro in Wien und 200 Euro am Land), macht 2022/23 bloß rund 500 Millionen Euro aus. Also weder der große Öko-Wurf, noch sozial.

Wo bleibt da der angebliche Klimaschutz-Lenkungseffekt, wenn, wie Kanzler Kurz zur „größten Steuerreform aller Zeiten“ sagt, dass alles was über die CO₂-Steuer hereinkommt angeblich wieder an

die Bevölkerung zurückfließt. SUV-Fahrer im Speckgürtel der Städte bekommen mehr „Ökobonus“ als jene die gar kein Auto haben und/oder in der Stadt wohnen und somit schon längst klimafreundlicher sind. Zudem haben die Menschen in der Stadt schon immer einen Klimaschutzbeitrag geleistet, weil sie schon seit Jahrzehnten über eigene Abgaben, Fahrtkosten und aus ihren Steuerzahlungen den umweltschonenden U-Bahn- und Öffi-Ausbau bezahlen und bezahlen – auch für Bahn und Bus am Land. Dass besonders am Land aus „Spargründen“ der öffentliche Verkehr seit 30 Jahren zu wenig Geld bekam und ausgedünnt wurde, sowohl was Linien, Linienführung und vor allem Intervalle betrifft, floss in die Landes- und Bundesbudgets, wo dann seit Jahrzehnten hin zu den Unternehmern, den Konzernen und der Agrarlobby umverteilt wurde.

damit Heizkosten, die steigende Inflation in allen Bereichen, besonders bei Wohnen und Mieten, gibt es keinen Ausgleich. Zudem zahlen die Haushalte schon seit vielen Jahren rund 10% ihrer Stromrechnung für verschiedenen Öko- und Biomasseabgaben zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

Auch die von der SPÖ geforderte „Teuerungsbremse“, z.B. eine Senkung der Mehrwertsteuer bei den Heizkosten, greift nicht die Preistreiber an, sondern senkt auf Kosten der Allgemeinheit die Staatseinnahmen, die dann z.B. für Soziales, Gesundheit, Pflege, Bildung usw. fehlen. Geht es nach der NEOS-Strabag-Haselsteiner-Partei, müssten die Unternehmer noch mehr profitieren durch eine noch stärkere Senkung der Lohnnebenkosten (das heißt niedrigere Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung usw.). Die FPÖ wiederum, die ja den Klimawandel leugnet, will den Leuten daher nicht einmal den Ökobonus geben,

Kritik am Füllhorn, das über den Konzernen ausgeschüttet wird, kommt natürlich auch von ihnen nicht.

Zudem bezahlen sich die arbeitenden Menschen – oder wie Kurz gerne sagt, „alle die früh aufstehen und arbeiten gehen“ (oder gegangen sind bevor sie arbeitslos gemacht wurden, weil die Unternehmer sie nicht mehr brauchen und durch billigere (meist (Teilzeitkräfte ersetzen) diese „historische Steuerreform“ wieder selbst: Durch die kalte Progression – also Nichtabgeltung der Inflation – der vergangenen Jahre (2016 bis 2021) gingen den Arbeiter*innen und Angestellten laut AK und ÖGB ca. 3,2 Milliarden Euro verloren. Bleiben von der „Steuerreform“ für die unselbständig Arbeitenden netto gerade einmal 400 Millionen

Euro. Die AK hat berechnet, dass die gesamte Steuerreform und die Begleitmaßnahmen wie Familienbonus erstens nicht alle positiv treffen, wirklich profitieren davon würden erst Einkommen ab 6.000 Euro brutto im Monat – wahrlich sehr „sozial“.

Darüber hinaus schont die Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten wie z.B. die Verringerung der Krankenkassenbeiträge niedriger Einkommen vor allem die Profite der Unternehmen, weil sie sich so Lohn- und Gehaltserhöhungen ersparen. Was der/die Einzelne vielleicht am Anfang mehr im Börsel hat, wird ihm hinten herum über höhere Selbstbehalte oder private Wahlärzte, weil zu wenig Kassenärzte da sind, wieder aus den Taschen gezogen. Auch wenn Finanzminister Blümel den Krankenkassen (ÖGK) verspricht, den Millionen-Einnahmeausfall aus dem Budget zu ersetzen, ist das ein Taschenspielertrick. Was „er“ aus dem Budget allenfalls refundiert, haben die Krankenversicherten zuvor über ihre Steuern (80% der Steuereinnahmen stammen von den Arbeiter*innen und Angestellten) ebenfalls bezahlt.



Karikatur: „Wiener Zeitung“ / Wolfgang Ammer

Genauso verhält es sich mit dem schon bestehenden CO₂-Zertifikatehandel der Industrie. „Österreich (hat) im vergangenen Jahr (2019) 185 Millionen Euro durch die Versteigerung von CO₂-Zertifikaten eingenommen. Der Preis pro Tonne lag durchschnittlich bei 25 Euro. 2017 und 2018 waren es „deutlich über 100 Millionen Euro“, in den Jahren 2013 bis 2016 im Bereich von 50 bis 80 Millionen Euro. Das Geld fließt laut Ministerium in das allgemeine Bundesbudget.“ (Wiener Zeitung, 20.7.2020, bzw. 30.9.2021)

Wie Industrieunternehmen mit dem CO₂-Zertifikatehandel blühende Geschäfte statt Klimaschutz machen, siehe einen Artikel an anderer Stelle dieser Ausgabe.

Steuerreform – sozial?

Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer – heute gibt es rund 1,6 Millionen armutsgefährdeter Menschen in Österreich – trotz aller Beteuerungen der Regierung, alles für die „kleinen Leute“ zu machen. Für die steigenden Energiepreise und

Wer trägt die Krise?

Änderung in Mrd. Euro, Vergleich
04/2020 bis 03/2021 zu 04/2020 bis 03/2021



Quelle: Statistik Austria, aus: ÖGB, Analyse Ökosoziale Steuerreform

Füllhorn für Industrie, Konzerne, Landwirtschaft oder Immobilienbesitzer – sie bekommen durch diese „ökosoziale Steuerreform“ Milliarden.

Schaut man sich die neuen, zusätzlichen Entlastungen für Bauern, Großgrundbesitzer, Waldbesitzer, Industrie, Konzerne und Immobilienbesitzer an, dann versteht man, dass sich Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer sowie Industriellenvereinigung „äußerst zufrieden“ mit der „ökosozialen Steuerreform“ zeigen und Kurz und Kogler loben. So gibt es

- 650 Millionen Euro für den Ausstieg aus Gas- und Ölheizungen (2021 und 2022); 92 Millionen Euro für Photovoltaik-Förderung (2021) oder 116 Millionen Euro Förderung emissionsfreier Autos und Ladestationen (2021). Davon profitieren vor allem Haus- und Immobilienbesitzer
- 350 Millionen Euro an die Waldbesitzer im Rahmen eines vierjährigen Waldfonds für Holz als Baustoff
- 689 Millionen Euro für die Landwirtschaft flossen schon, uzw. davon 246 Millionen als 14%-Prämie für ökologische Investitionen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Lebensmittelherzeuger und 443 Millionen als normale 7%-Investitionsprämie für bäuerliche Betriebe, bei der auch neue Dieseltraktoren gefördert werden. Zudem wurde auch der begünstigte Agrardiesel wieder eingeführt.
- 1.500 Millionen Euro jährlich für die Unternehmer, insbesondere die Großindustrie. 800 Millionen Euro davon macht allein die jährliche Steuerersparnis durch die Senkung der Körperschaftsteuer aus. Dazu kommen u.a. noch 100 Millionen Euro durch Erhöhung des Gewinnfreibetrages, 350 Millionen Euro durch einen Investitionsfreibetrag inkl. Ökologisierungskomponente, 150 Millionen Euro durch Erhöhung der Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 800 Euro auf 1.000 Euro oder 50 Millionen Euro für Streichung der Eigenstromsteuer

(Quellen: ÖGB, AK, WKO, BMF, Wiener Zeitung 6. Okt. 2021)

Schon jetzt, vor den neuerlichen Geschenken des Staates an die Unternehmer im Zuge der „ökosozialen Steuerreform“, ist es so, dass normale Bruttoeinkommen um fast ein Drittel höher besteuert sind als Vermögenserträge. Ebenso sind Dividenden geringer als mittlere Bruttoeinkommen besteuert. Im OECD-Schnitt machen die Vermögenssteuern am Steuerkuchen rund 30% aus, in Österreich nicht einmal 15%! Erbschaftsteuer gibt es bei uns überhaupt keine mehr. In den nächsten 30 Jahren werden unter diesen Voraussetzungen geschätzte 600 Milliarden Euro leistungsloses Einkommen komplett steuerfrei vererbt, so eine Analyse des „Momentum Instituts“, das befürchtet: Wird auf dieses Potenzial, das bei den Reichen angehäuft wurde, nicht zugegriffen, wird *„die Lücke im Staatshaushalt nur durch niedrigere Sozialleistungen und geringere Klimainvestitionen finanziert werden.“* (Wiener Zeitung, 25./26. Sept. 2021).

Wirklich öko-soziale Steuerung schaut ganz anders aus

Was jetzt als „ökosoziale Steuerreform“ vorliegt und uns als Ausweg aus der Klimakatastrophe verkauft werden soll, ist ein **„Kapitalismus mit Grünanstrich“**, denn in Wirklichkeit wird weiterhin umweltschädlich gewirtschaftet. Beispiele sind: Umstellung auf E-Autos, auf E-Räder, auf E-Bikes, auf noch stromintensivere Digitalisierung, Nutzung der energiefressenden „Blockchain“-Technologie, 5G-Technologie (z.B. für selbstfahrende Fahrzeuge, „smarte“ selbstkommunizierende Wohnungen, Stromzähler usw.)

Nicht vergessen soll dabei werden, dass viele dieser als so neu beworbenen „smarten“ Technologien auch ein riesiges Überwachungsmonopol für Konzerne und Regierungen bedeuten.

Da das alles noch stromfressender und ressourcenraubender ist (Stichwort: seltene Erden) wird deshalb wieder einmal die Atomenergie und die Gentechnik aus dem Giftschrank der Konzern-Propagandisten geholt, diesmal als Klimarettung.

Ergebnis: Alles ein neues super Geschäft mit viel Profitmöglichkeiten für findige „Start-Up“-Kapitalisten, reiche Länder und reiche Investoren. Smart, klug? Ja, klug in den Augen einiger weniger Menschen, katastrophal für die große Masse der Bevölkerung und unsere Umwelt.

Eines vor allem soll nicht angetastet werden: die ressourcenfressende, energieraubende, Menschen vernichtende, Produkte verschleudernde kapitalistische Profitwirtschaft, die zum Erhalt ihrer Profite Wegwerfproduktion und Wegwerfkonsum zur Voraussetzung hat.

Will man wirklich etwas ändern, wirklich etwas gegen Klimawandel und Menschen- und Umweltvernichtung wirksam tun, muss genau hier ange-

setzt werden. Ohne Umstellung der Profitwirtschaft auf eine Solidarwirtschaft wird es keinen Fortschritt für die Menschen geben.

Das heißt z.B. mehr E-Bahn statt E-Autos, mehr öffentlicher Verkehr, lokale Produktion statt globalem Transport, Lebensqualität und Mobilität für die Menschen statt Mobilität für die Konzerne, langlebige Produkte statt Wegwerferzeugnisse, anders bauen und wohnen, neue Raumordnung für Mensch und Umwelt statt für Bodenspekulation und Bodenversiegelung.

Es bedeutet auch

- weniger Arbeiten statt mehr Arbeiten (Arbeitszeitverkürzung), weil langlebige Produkte nicht so viel Arbeit brauchen

- mehr Freiheit für die Menschen, weniger Freiheit für die großen Konzerne
- Besteuerung der Wertschöpfung der Konzerne und des Vermögens der Reichen, das sie sich nicht durch eigene Arbeit, sondern durch unsere unterbezahlte Arbeit angehäuft haben statt Besteuerung der Arbeit

Mit diesem Geld können Klimawandel bekämpft, Umwelt geschützt und unsere Sozialsysteme abgesichert werden. Das schwächt zwar das Profitmachen einiger Weniger, erhöht aber Lebens- und Umweltqualität der Masse der Menschen.

Regierungsumbildung

Stabilität und Verlässlichkeit für das Kapital

Seit Monaten schon gibt es die Korruptionsvorwürfe gegen die frühere türkis-blaue ÖVP-FPÖ-Regierung – Stichwort Ibiza-Video – sowie immer mehr auch gegen die „türkise Familie“ selbst. Zuletzt wurde immer klarer, dass das, was FPÖ-Strache auf Ibiza im Juli 2017 geträumt hatte und selbst auch zum Teil 2018 umsetzte (siehe u.a. die Bestellung des FPÖ-Mannes Sidlo in die Casinos Austria), ÖVP-Chef Kurz schon längst (laut Chats ca. ab 2016) im Programm hatte, um im Oktober 2017 Kanzler zu werden:

- Millionenschwere Parteispenden von der Industrie einsammeln, die dann davon profitierte, z.B.
 - durch 12-Stunden-Tag/60-Stunden-Woche
 - Senkung des AUVA-Beitrages der Unternehmer, was den Großspendern über die Jahre ein Mehrfaches ihrer Spenden einbringt
 - Umbau und Umfärbung der Sozialversicherung, sodass die Unternehmer Art und Zweck der Verwendung Versichertengelder der Arbeiter und Angestellten diktieren können
- Umfragemanipulationen und Meinungskauf via Inseratenvergabe an Medien, Zeitungen wie z.B. die Kronen-Zeitung über den befreundeten Immobilienhai Benko unter Kontrolle zu bringen
- Kesseltreiben gegen und Betreibung der Absetzung unliebsamer Chefredakteure, wenn sie gegen Kurz schrieben: so z.B. bei Brandstätter vom „Kurier“ über dessen Eigentümer, den ÖVP-dominierten Agrar- und Bankkonzern Raiffeisen, wo viele ihre ÖVP-Politgrößen bestens versorgt sind (wie z.B. Ex-Finanzminister Josef Pröll)
- versuchte parteipolitische Lenkung der Justiz, siehe z.B. der Fall Pilnacek usw.
- über Postenbesetzungen Staats- und Wirtschaftseinfluss auszubauen und abzusichern (Stichworte: Casinos Austria, ÖBAG – siehe Schmid-Chats)

Erkaufte Kanzlerschaft?

Seit 2017 beschreitet die türkis-blaue Regierung einen rechten, autoritären Kurs unter Kanzler Kurz und Innenminister Kickl. Dieser Weg wurde auch mit den Grünen ab 2020 unter Kurz und Nehammer fortgesetzt. Durch die Schmid-Chats sind zuletzt auch immer mehr die ÖVP-internen Machenschaften und der Polit- und Machtfilz zwischen Politik, Wirtschaft und Medien sichtbar geworden. Eine Woche vor der tatsächlichen Durchführung spekulierte die ÖVP in einer Pressekonferenz über bevorstehende Hausdurchsuchungen. Eine öffentliche Warnung an allfällig Betroffene?

Von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) werden mittlerweile nicht nur Finanzminister Blümel und Personen im engsten Beraterkreis von Kurz, sondern zuletzt auch ÖVP-Chef und Bundeskanzler Kurz selbst als Beschuldigte geführt, mit u.a. den Vorwürfen der falschen Zeugenaussage oder der Bestechlichkeit. Und in der „Inseratenaffäre“ kam es zu Redaktionsschluss unserer Aussendung zu einer ersten Verhaftung wegen Verdunkelungsgefahr. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

Mittlerweile musste Kurz zurücktreten, Alexander Schallenberg folgte ihm als Bundeskanzler.

Wie bekannt wurde, sollten per Unterschrift alle ÖVP-Minister gehen, wenn Kurz geht. Das Gegenteil war der Fall. Als neuer ÖVP-Kanzler wurde auf Kurz-Vorschlag Außenminister Alexander Schallenberg angelobt. Er gelobte, „*die Bundesverfassung und alle Gesetze der Republik Österreich getreulich zu beobachten und die mit dem Amte verbundenen Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen*“. Gleich danach sagte er im Parlament: Er werde „*sehr eng*“ mit ÖVP-Chef Kurz, gleichzeitig auch neuer ÖVP-Klubobmann, zusammenarbeiten, weil „*alles andere absurd (wäre)*.“

Obendrein sagte Schallenberg, dass er die Vorwürfe der WKStA „für falsch“ halte – also voll auf Kurz-Kurs.

Das heißt, die Politik des Systems Kurz der ÖVP mit ihrem autoritären Kurs zugunsten der Wirtschaft soll weitergehen. Ebenso soll die Politik der militärischen EU-Integration und teilweisen NATO-Einbindung Österreichs entgegen seiner Neutralität forciert werden – wie schon die Aktivitäten von Außenminister und jetzigem Bundeskanzler Schallenberg zeigen (siehe Beitrag dazu an anderer Stelle).

Steuerreform zur Profitabsicherung das Wichtigste

Bundespräsident Van der Bellen sprach davon, dass es zwar eine Regierungskrise, aber keine Staatskrise gäbe, und dass es jetzt wichtig sei, „*Stabilität und Verlässlichkeit*“ zu gewährleisten. Auch Vizekanzler Kogler von den Grünen, der zurecht Kurz die Handlungs- und Amtsfähigkeit absprach, sprach von „*Stabilität und Verlässlichkeit*“. Was er damit meinte zeigte sich, als er noch vor dem für Dienstag 12. Oktober geplanten Misstrauenstrag gegen Kurz/ÖVP noch für Dienstagvormittag einen Sonderministerrat abhalten wollte, bei dem – Kurz-ÖVP-System hin oder her – auf jeden Fall die Belastungs-Steuerreform (siehe Artikel oben) mit dieser Kurz-ÖVP beschließen wollte. Dass das zu geschehen habe, hat auch der Bundespräsident extra hervorgehoben, ebenso auch am Tag nach der Angelobung von Kanzler Schallenberg hochrangige Vertreter aus Wirtschaft und Industrie. **Darum geht es: Alles für die Unternehmer, Brosamen für die arbeitenden Menschen.** Auch bei den gleichzeitig laufenden Kollektivvertragsverhandlungen der Metaller verhöhnern die Unternehmer die Gewerkschaftsseite, die sowieso nur 4,5% Erhöhung verlangte, mit einem „Angebot von 2,2%. Ein Hohn bei den künftigen Belastungen aus der Steuerreform und den Preissteigerungen.

„Wir sind sehr zufrieden“, sagt Wirtschaftskammer-Chef Harald Mahrer zur Steuerreform der Regierung. Klar, bringt sie doch „*Stabilität und Verlässlichkeit*“ für die Profitabsicherung von Wirtschaft und Industrie, Großbauern und Konzerne:

Stabilität für

- weitere Ausbeutung und Reichenförderung
- weitere Umverteilung nach oben
- weitere Verarmung der Bevölkerung
- weitere Korruption wie das Amen im Gebet
- weitere Aushöhlung der Neutralität durch noch mehr Aufrüstungsteilnahme und Teilnahme an Militäraktionen der EU und auch der NATO

Genau deshalb durfte Finanzminister Blümel trotz Korruptionsvorwürfen anders als Kurz bleiben, um das Budget für die Reichen und Konzerne durchzusetzen. Andere Mehrheitsverhältnisse im Parlament, eine andere Regierung oder Neuwahlen hätten das Projekt „Profitsicherung“ gestört. Die Bevölkerung soll kuschen und arbeiten, Stabilität fürs Kapital geht vor!

*

KLIMA NOTWENDENDENES:

**keine autos mehr
keine flugzeuge mehr
keinen lobautunnel mehr
keine atomkraftwerke mehr
keine kohlekraftwerke mehr
keine bodenversiegelung mehr
keine erdbeeren aus chile mehr
kein benzin mehr
keine ausreden mehr
keine ölförderung mehr
keine zeit zuzuwarten mehr
keine erzeugung
von waffen mehr
keine vergeudung
von lebensraum mehr
keine zeit für ausreden mehr
kein abschieben der
verantwortung mehr
kein zuwarten von 20, 30
jahren mehr
keine vergeudung
von ressourcen mehr
kein kopf in den sand
stecken mehr
kein hören auf
gewinnlobbyisten mehr
kein profit auf kosten
anderer mehr
kein schielen auf
börsenkurse mehr
keine gleichgültigkeit mehr
keine vertrauen darauf, dass
die oben es schon richten
werden mehr
kein ich
kannsnichtändern mehr**

Klimakatastrophen: Milliarden Geschäfte der Verursacher-Konzerne mit der Verschmutzung

Im Juli 2021 warnten zuletzt 1.400 Wissenschaftler vor einem weltweiten Klimanotfall mit Flutkatastrophen, Waldbränden, Hitzewellen (P. Duffy/W. Ripple). Selbst eine mittlere Schätzung der Wissenschaftler geht bis 2050 von einer Erderwärmung von 2,1 Grad bis 3,5 Grad aus, wenn nicht massiv gegengesteuert wird. 1,5 Grad wären aber das absolute Limit um noch die ärgsten Folgen zu verringern. 1,5 Grad vom vorindustriellen Ausgangspunkt, d.h. von einem Wert vor 1900. Ein Grad ist schon erreicht, geht die Erwärmung weiter wie jetzt, dann werden 1,5 Grad 2040 erreicht.

Seit Jahrzehnten heißt es, „der Mensch ruiniert die Welt, der Mensch ist schuld“ an der Erderwärmung und ihrer verheerenden Folgen. Doch die Masse der Menschen entscheidet nicht, ob z.B. der LKW-Verkehr bevorzugt gefördert wird und die Kosten die er verursacht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, ebenso wenig inwieweit es leistbare öffentliche Verkehrsmittel gibt, die sie schnell in der Früh zum Arbeitsplatz und abends nach Hause bringen. Ebenso wenig können die Menschen bestimmen, ob bzw. wenn überhaupt wo es leistbare Wohnungen gibt.

Die meisten von uns können es sich auch nicht ausuchen, welche Energieform zum Heizen, Kochen usw. zum Einsatz kommt. Und wer kein Haus hat, hat auch keinen Einfluss darauf, ob Sonnenkollektoren zur Energiegewinnung aufs Dach kommen. Es ist nicht „der Mensch“, der die Erde verdreckt, das Wasser vergiftet, die Luft verpestet.

Es ist die kapitalistische Produktionsweise, die nicht nur die Gesundheit der Menschen schädigt bzw. ihr Leben verkürzt, sondern gleichzeitig die Erde ruiniert, das Wasser verdreckt und vergiftet und die Luft verpestet.

Allein 30% des CO₂-Ausstoßes stammen aus dem Energiesektor, d.h. aus Kohle- Erdöl bzw. Erdgasgewinnung. Doch 99,9% der Menschen besitzen keine Kohlegruben, Erdöl bzw. Erdgasquellen usw. Aber genau wir Besitzlosen sollen für die 1% Besitzenden für eine Umstellung auf CO₂-frei bezahlen. Doch über Jahrzehnte haben diese Kohle-, Öl-, Erdgas-, Strom- und auch Atomkonzerne (oft sind diese Konzerne in allen genannten Bereichen aktiv) Milliardensubventionen aus unseren Steuergeldern erhalten und Milliarden an Dividenden an ihre Aktionäre – eine absolute Minderheit in der Bevölkerung – ausbezahlt. Deshalb müssen auch die Konzerne, ihre Aktionäre und die Reichen die Umstellung auf CO₂-freie Produktion bezahlen, statt im „grünen Mäntelchen weiter machen zu dürfen wie bisher und darüber hinaus noch Zusatzprofite scheffeln mit Kauf und Handel von „CO₂-Verschmutzungsrechten“.

Die Konzerne ruinieren die Welt und erhalten dazu von den Regierungen Milliarden und verdienen weitere Milliarden am Geschäft mit der Verschmutzung.

Am Beispiel: **RWE**

Der deutsche Konzern RWE erzeugt 80% seines Stroms aus Kohle, Gas und Uran (Atom). Er ist der zweitgrößte deutsche Stromkonzern mit einem Umsatz von ca. 14 Milliarden Euro. RWE ist Deutschlands Kohlekonzern Nr.1 und größter Kohlekonzern Europas. Mit 89 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr ist er der größte CO₂-Verursacher Europas, seine spezifischen Emissionen in Deutschland sind mit 792g/kWh fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt.

Der Konzern hat für die Ausbeutung seiner großen Braunkohle-Vorkommen bei der deutschen Politik Restlaufzeiten bis 2038 durchgesetzt. Die eklatant hohen Emissionen der RWE stehen im Widerspruch zum Klimaabkommen von Paris und gefährden Deutschlands Bevölkerung.

RWE verdient aber nicht nur durch den Verkauf von Kohle, Gas und Uran. (RWE betreibt in Deutschland u.a. noch AKWS und baut in Großbritannien und den Niederlanden neue Reaktoren). Der Konzern verdient auch Milliarden durch das Geschäft mit den sogenannten CO₂-Zertifikaten, die die EU-Staaten erfunden haben, um, so heißt es, die größten Verschmutzer dafür etwas zur Kasse zu bitten. Die Staaten haben das aber so „geschickt“ gemacht, dass sie es den Konzernen ermöglicht haben, mit diesen Zertifikaten noch extra Milliarden Euro zu verdienen. RWE hat in den Jahren 2017 bis 2021 Zertifikate für geschätzt 200 Millionen Tonnen CO₂ gekauft und zwar zu Preisen von ca. 4 Euro bis 8 Euro pro Tonne, das sind ca. 1,2 Milliarden Euro. Da ein Zertifikat derzeit in Deutschland das Zehnfache kostet, haben die Zertifikate nun schon einen Wert von ca. 12 Milliarden Euro. Toller Gewinn! Die Konzerne sollten wegen der massiven Verschmutzung durch ihre Betriebe Entschädigung zahlen, stattdessen machen sie mit diesen Zertifikaten noch riesige Extraprofite. Das ist der Kapitalismus in Reinkultur, die Regierenden sind die Handlanger der großen Konzerne.

Das Unternehmen RWE sagt dazu: „Wir können den steigenden CO₂ Preisen gelassen entgegenblicken“. Ja noch mehr, sie können mit dem Verkauf der Zertifikate noch ein riesiges Geschäft machen. Nach Schätzungen des Handelsblattes (19. 09. 2021) „gibt es (insgesamt) aus den CO₂-Zertifikaten und Derivaten resultierende Reserven zwischen zehn und 13 Milliarden Euro“. Der RWE Konzern wird nun in das Geschäft mit Wind und

Solarenergie einsteigen und schrittweise aus der Kohleverstromung und der Förderung von Braunkohle aussteigen. Dafür erhält er vom Bund (also vom deutschen Steuerzahler) noch eine Entschädigung von 2,6 Milliarden Euro. RWE plant bis 2040 Klimaneutralität. Im Übrigen besitzen institutionelle Investoren 86% der Aktien von RWE, der größte ist der weltgrößte Vermögensverwalter Blackrock (7%), weitere 150 dieser Investoren haben ebenfalls in RWE Aktien investiert. Auch EnBW, Deutschlands drittgröß-

tes Energie Unternehmen (Umsatz 20 Milliarden Euro) und Uniper (Umsatz 50 Milliarden) sind im riesigen Geschäft mit den CO2-Zertifikaten dabei.

Auch Österreichs Regierung verwöhnt die großen Konzerne bei uns mit Millionen Steuergeldern bzw. auch mit billigen Verschmutzungsrechten. Derzeit kosten bei uns CO2-Zertifikate ca. 50 Euro pro Tonne. Ministerin Elisabeth Köstinger will sie der Industrie zum Teil umsonst geben.

Klimaretter Atom?

Im Zuge der immer dringender werdenden Notwendigkeit gegen den Klimawandel und den daraus folgenden Katastrophen für Mensch und Umwelt etwas zu unternehmen, reckt auch die Atommafia wieder ihren Kopf und stellt sich als „CO2-frei“ und „klimaneutral“ hin. Sie behauptet, dass AKWs immer „sicherer“ werden und die Atommüll-Endlagerfrage gelöst werden könne. Für diese Propaganda gibt die Atommafia Millionen Euro für Werbung aus. Die Helfershelfer der Atommafia dafür sind die Internationale Energieagentur (IEA), der Weltklimarat oder die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der EU. Ein freches, menschenverachtendes Vorgehen!

Denn von CO2-frei kann keine Rede sein. CO2-Emissionen entstehen beim umweltbelastenden Uranabbau, beim AKW-Bau, beim Rückbau und Abriss und beim Bau von Zwischen- und sogenannten Endlagern sowie beim Transport.

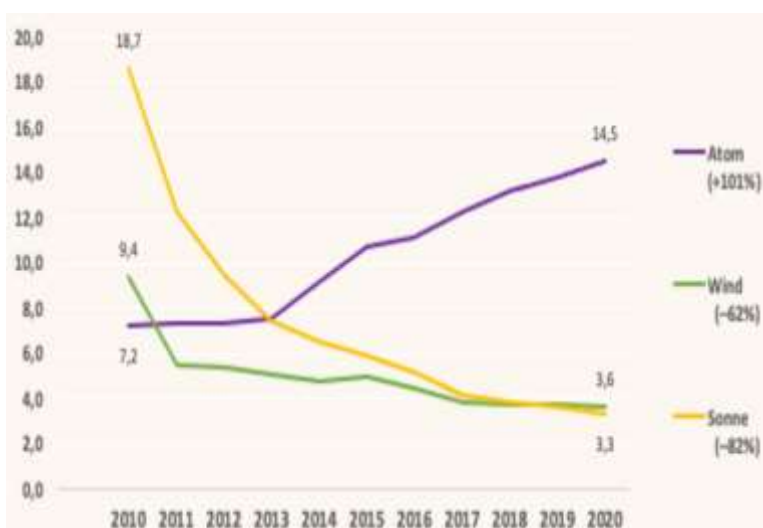
Außerdem weiß man doch, wie ungeheuer gefährlich AKWs sind – siehe allein die Super-Mega-GAUs von Harrisburg (USA 1979), Tschernobyl (Ukraine 1986) oder Fukushima (Japan 2011). Ganz zu schweigen von den vielen Beinahe-AKW-Unfällen. Auch nicht erwähnt wird, dass viele AKWs, die für 25 Jahre Laufzeit ausgelegt waren, mittlerweile weiterbetrieben werden, und dann 40 Jahre und Betriebszeit auf dem Buckel haben. Die Folge: Materialermüdung und damit sind Unfälle noch wahrscheinlicher. Wir sitzen auf einer Atom-Zeitbombe. Was das für Europa bedeutet, kann sich jeder für den Fall des Falles ausmalen. Zudem sollen heute noch AKWs früherer Baugenerationen wie z.B. Mochovce 3 und 4 in der Slowakei in Betrieb genommen werden.

Schon jetzt gibt es allein 60.000 Tonnen hochradioaktiven Atommüll in der EU und der Atommüllberg wächst mit jedem Tag weiter. Der Atommüll soll irgendwann einmal „klimaneutral“ in der Erde verscharrt werden. Das kostet über Jahrtausende Milliarden und Abermilliarden, die für Soziales, Umwelt- und Klimaschutz verloren sind.

Allein die „Sicherung der nuklearen Hinterlassenschaften und die Entsorgungsmaßnahmen haben in Tschernobyl gewaltige Probleme verursacht. Weltweit wurden schon 646 Milliarden Euro dafür aufgebracht ... In Fukushima wird nach Schätzung der japanischen Regierung die Havarie mit all ihren Folgeschäden insgesamt wohl 170 Milliarden Euro verschlingen. Längst sind noch nicht alle der 1.500 hochradioaktiven Brennstäbe geborgen“, so die Forscher Maria-Rosaria Di Nucci und Achim Brunnengraber vom Forschungsprojekt „TRANSENS“ (Transdisziplinäre Forschung zur Entsorgung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland). „Wir überlassen unvorstellbaren 40.000 Generationen ein atomares Vermächtnis, das nur wenige Jahrzehnte ‚billigen‘ Atomstrom und vor allem gesellschaftliche Konflikte erzeugt hat.“ (Wiener Zeitung, 21. März 2021)

Atomstrom ist teuer als erneuerbare Energien, umwelt- und klimaschädlich und tödlich für Mensch und Tier.

Stromgestehungskosten für Atom, Wind, Sonne 2010-2020. Werte in Eurocent/kWh *



* Anmerkung: Durchschnittliche Stromgestehungskosten ohne Subventionen, umgerechnet von US\$ laut Umtauschwert am jeweiligen Jahresende, bzw. am 1. Juli 2020; Quelle: Umweltministerium

Trotzdem plant z.B. Frankreich jüngst im Namen von Klimaschutz 1 Milliarde Euro für neue AKWs!

Warum soll weiter auf AKWs gesetzt werden?

Weil Atombomben und Atomkraftwerke siamesische Zwillinge sind. Die Atomstromnutzung (AKWs) geht aus der militärischen Atomnutzung (Atombomben und Atomwaffen) hervor, in AKWs kann wiederum spaltbares Material für Atombomben hergestellt werden. Das dient weder dem Schutz und der Sicherheit der Menschen noch dem Schutz des Klimas, sondern ist ein tödlicher Kreislauf, der nur einer Handvoll Profiteuren und ihren wirtschaftlichen und politischen Handlangern nutzt.

Davon spricht die Atomlobby natürlich nicht. Die Atommafia weltweit und in der EU will uns wieder einmal einreden, dass es in Zukunft „ganz sichere“ AKWs geben wird. Wir aber wissen – und leider hat die Realität das schon viel zu oft bewiesen – es gibt keine „sicheren“ AKWs.

In Österreich hat Umweltministerin Leonore Gewessler von den Grünen angekündigt, dass sie dagegen ist, dass die Atomenergie in die EU-Taxonomie-Verordnung (= Liste jener Energien, die als klimaneutral gelten) einbezogen wird. Das ist wohl das Mindeste.

Was sie aber nicht tut, aber notwendig ist, um einen effektiven Schritt zu setzen, ist, Österreichs Austritt aus der EURATOM, der Atomwaffen- und Atomstromlobby der EU, den Austritt aus der IAEA, der internationalen Atomlobby-Agentur, zu betreiben und die jährlichen Millionenzahlungen an die Atomlobby sofort einzustellen und für den Kampf gegen den Klimawandel einzusetzen.

Ebenso muss sie die Atommüllagersuche in Österreich die auf Geheiß der EU erfolgt, sofort stoppen und nicht wie Umweltministerin Gewessler von den Grünen es getan hat, die Vorbereitungen für ein Atommülllager in Österreich zu starten. Wir berichten darüber in unserer letzten Aussendung. Denn Österreich hat die Atomenergie per Volksentscheid abgelehnt, hat ein Atomsperrgesetz und betreibt keine AKWs zur Stromerzeugung und braucht daher kein Tiefen-Endlager für hochradioaktiven Atommüll. Das ist umso wichtiger, als nicht auszuschließen ist, dass ein Land, das einmal ein Tiefenlager für hochradioaktiven Atommüll gebaut hat, also auch Österreich als EU-Mitglied, im Sinne der EU-„Gemeinschaft“ gedrängt werden kann, auch hochradioaktiven Atommüll aus anderen EU-Staaten einzulagern – obwohl es kein AKW hat.

DIE X-TE WELLE – IMPFTURBO

Der dritte Schuss!!!!!!



Die Erkrankung an Covid-19 ist für viele Menschen eine schwere Erkrankung, die auch fatal, also tödlich enden kann. Alle Maßnahmen, die zur Eindämmung der Rasanze dieser Pandemie dienen können sind geboten. Dazu gehören das Tragen von FFP2-Masken, Hygienemaßnahmen wie Händewaschen, das Meiden von Massenveranstaltungen, Mobilitäts-einschränkungen, das Testen und Nachverfolgen von Ausbruchsherden und auch das freiwillige

Impfen mit den derzeit noch im stark verkürzten Teststadium befindlichen und deshalb auch nur bedingt zugelassenen Impfstoffen. Gerade wegen der Ernsthaftigkeit dieser Seuche wäre auch eine ernsthafte und breite Auseinandersetzung damit höchst dringlich erforderlich und hätte schon längst die **mit allen Mitteln der Werbeindustrie geführte Propaganda** ablösen müssen.

In zeitlicher Abfolge kam: Corona ist auch nur eine Grippe, Masken sind sinnlos, dann doch Masken, dann FFP2-Masken, Lockdown mit Sperre von Parks und Polizeiaktionen mit Massenanzeigen, dann Impfen, wegen Impfstoffmangel nur die Alten, dann alle mit verlängerten Intervallen, Staaten-Gerangel um Impfstoffe (Kurz kauft ein), Testen, Frei-Testen, Experten aus allen Richtungen, Landeshauptlinge und -Innen, Seilbahnbesitzer, Ischgl, Licht am Ende des Tunnels, Wien-Bashing, normaler Sommer- und Winterfremdenverkehr, 3G,2G,1G-Regelung usw.“

Dieses peinliche und einer Demokratie unwürdige Schauspiel wird weiter fortgesetzt und konsequent durchgehalten. Scheinheilig wundern sich die Politiker wieder landauf landab, (etwas weniger vielleicht in Wien), dass die Pandemie den Vorhersagen und Berechnungen folgt und wie das die Eigenheit dieser ansteckenden Erkrankung mit sich bringt, wellenförmig zum vierten Mal ansetzt und seine Opfer fordert. Um die totale Untätigkeit über den nunmehr zweiten Sommer, das Chaos und die multinationalen Eskapaden bei der Impfstoffbeschaffung und auch die Impfung, das mangelnde Verfolgen der Infektionsausbreitung (Contact Tracing) und das vollkommen fehlende Management der Reiserückkehrer zu kaschieren, versucht man nun den Menschen, die aus welchen Gründen auch immer nicht geimpft sind die Schuld an dieser Infektionswelle zu geben.

Indirekter Zwang zur Impfung.

Man tut so als ob eine immer höher geschraubte Durchimpfungsrate (70, 80, 90%) die Pandemie beenden würde und versucht mit Drohungen und mit schon aus dem Vorjahr bekannten Schreckensbildern aus Intensivstationen diese willkürlich festgesetzten Impfraten zu erzwingen. Zu einer Pflichtimpfung möchte sich die Regierung aber doch nicht durchringen, denn dann würde man auch gesetzlich die volle Haftung für eventuelle Spätschäden übernehmen müssen. Das kann, wie im Falle der schwedischen Impfung gegen die Schweinegrippe (2009) mit zahlreichen erst oft Jahre danach erfolgten Erkrankungen von Jugendlichen an Narkolepsie (plötzliches Einschlafen) sehr teuer werden (Schweden zahlt bis zu einer Million Euro Entschädigung an Betroffene). Bei einer Staatshaftung genügt es auch nicht, wenn kleine Tochterfirmen der Herstellerfirmen in Konkurs gehen, Staaten können dies ja nicht ganz so einfach tun.

Reiserückkehrer bzw. deren Schulkinder und Arbeitspendler treiben wie schon die vorigen Wellen auch diese an, nur diesmal möchte man völlig auf Geschäfts- und Profiteinschränkungen verzichten und folgt vorwiegend dem englischen, aber auch israelischen Modell mit weitgehenden Öffnungen und hofft, im Grunde aber recht fahrlässig, dass die Intensivstationen nicht übergehen.

Das anscheinend vollkommene Fehlmanagement der Pandemiebekämpfung begann schon damit, dass nur die Impfung als einzige Bekämpfungsoption festgesetzt wurde und dann blitzartig Impfstoffe im Wettlauf der Nationen und der Pharmariesen mit Steuergeld entwickelt wurden und in außerordentlichen Notverfahren bedingt zugelassen wurden und alle anderen Möglichkeiten, wie das Tragen von

Masken, Mobilitätsbeschränkungen, insbesondere über Landesgrenzen und ein Verbot von Großveranstaltungen als Geschäftsschädigung abgelehnt oder als lästig und lächerlich dargestellt wurden. Durch diese propagandistischen Aktionen der Politik wurden die ebenso agierenden zumeist rechtsgesteuerten „Querdenker“, „Aluminiumhütler“ und dergleichen Bewegungen erst richtig befeuert und alle Menschen, die eine ernsthafte und demokratische Diskussion einforderten wurden in dieses Eck abgeschoben. Der Bevölkerung wurde suggeriert, dass mit dem „kleinen Stich“ ein „**Schutz vor der Infektion**“ gegeben ist und da man wenig Impfstoff hatte wurden vorab die **Alten und Kranken**, die „**Vulnerablen**“ geschützt. Man ließ sogar den Eindruck entstehen, dass sogar ein „Stich“ schon schützt. Der Unsinn, dass eine Impfung vor einer Infektion bewahrt, wird aber bis heute von Politikern, hohen Juristen, aber sogar Ärzten verbreitet.

Jede Impfung gibt dem Immunsystem nur die Vorabinformation über einen Erreger, so dass es beim Eintreten der Infektion schneller reagieren kann und so zumeist eine Erkrankung schneller eindämmen oder in abgeschwächter Form verlaufen lassen kann.

Also infiziert kann man immer werden, erkranken wird man voraussichtlich zumeist kürzer und weniger, aber in dieser Zeit kann man selbstverständlich auch andere geimpfte oder ungeimpfte Menschen anstecken und das Virus mutiert auch bei infizierten Geimpften. Diese Einsicht ist bisher nur bis zum Punkt der geringeren Häufigkeit von schweren Erkrankungen an die Bevölkerung weitervermittelt worden. Um aber das Geschäft anzukurbeln muss man für Geimpfte den Eindruck erwecken, dass sie privilegiert seien und praktisch alles dürfen und die Ungeimpften dem Genuss dieser Konsumfreuden im Wege stünden. Die Bevölkerung wird in vielen Ländern und auch bei uns auf einen „**Freedom Day**“ eingestimmt, an dem alle Beschränkungen wegfallen und der durch die sogenannte Herdenimmunität mittels Impfung erreicht wird. Die meisten dieser Befreiungen durch diese Freedom Days wurden mittlerweile wieder aufgehoben (Großbritannien, Israel) und in vielen Ländern steht man davor.

Öl ins Feuer wird dann durch Ideen wie 1 G (vielleicht mit den Genesenen 2 G) Zugangsprivilegien und die Kostenpflicht für Tests und Selbstbehalte für Krankenhausaufenthalte von Ungeimpften gegossen. Einzig sinnvoll wäre eine 1G Regelung, das heißt nur „Getestete“, auch Geimpfte und Genesene haben Zugang und müssen bei entsprechender Dichte oder in geschlossenen Räumen FFP2-Masken tragen.

Der Vorteil der Impfung mit den jetzt verfügbaren Impfstoffen liegt in der geringeren Wahrscheinlichkeit sehr schwer zu erkranken – ist ja auch schön, oder?

Eine 1/2G Regelung für Gäste wurde sogar von der Gastronomie und im Fremdenverkehr goutiert, als aber dann die Forderung kam, dass dies auch für das beschäftigte Personal gelten sollte, kam helle Empörung auf. Man müsste ja dann auf die Impfung des Billigpersonals achten und manche vielleicht sogar bei der Kranken- und Sozialversicherung ordentlich anmelden.

Impfstoffe: Koste es, was es wolle!

Die RNA Impfstoffe (Biontech Pfizer und Moderna) werden als **teure** Favoriten gehandelt und in Israel, dem frühen Impfweltmeister mit nunmehr vier bis fünf Mal so hohen Infektionszahlen, bei in etwa gleicher Einwohnerzahl wie Österreich, impft mittlerweile schon an alle die dritte Dosis, da in den Spitälern über 60% vollständig mit zwei Impfungen immunisierte Patienten auch schwer erkrankt behandelt werden (von wegen Freedom Day).

In Österreich sind offiziell (2.10.2021) 17 Prozent der Patienten auf den Intensivstationen voll geimpft. Sogar 31 Prozent der Menschen auf den Normalstationen im Land sind bereits zweimal gegen Corona immunisiert.

Der Trend geht in die Richtung israelischer Zahlen. Die ursprünglich ebenso gelobten Vektorimpfstoffe von AstraZeneka und Johnson&Johnson geraten dagegen ins Hintertreffen und dies nicht nur wegen der nur zögerlich akzeptierten Nebenwirkung von Hirnvenenthrombosen für vorwiegend jüngere Frauen. AstraZeneka hat auch den „kapitalistisch schweren Mangel“, dass das Unternehmen erklärte in der Notsituation der Pandemie mit diesem Impfstoff keine Profite anzustreben und ihn fünfmal billiger vermarktete als die m-RNA Impfstoffe. Dies führte dazu, dass die USA noch unter Trump riesige Mengen des Impfstoffes aufkauften und damit die europäische Versorgung verhinderten, ihn aber nicht zur Anwendung in den USA zuließen. Jetzt unter Biden werden vor dem Ablauf der Lagerfrist diese Bestände „großzügig“ an arme Länder gespendet. Es wird nunmehr im politischen Kampf gegen China, Russland und Cuba scheinheilig auch m-RNA Impfstoff gespendet, man weiß aber genau, dass dieser wegen der schwierigen Lagerung (-70°C) und Handhabung in Ländern der Dritten Welt massenhaft nicht einsetzbar ist.

Die Zulassung eines nach der Meinung zahlreicher Experten zur Bekämpfung der Pandemie unentbehr-

lichen und höchstwahrscheinlich auch für Kinder sicheren Totimpfstoffes lässt weiter auf sich warten, bzw. wird in den, ja auch zu über 80% von privaten Pharmariesen gesponserten Zulassungsbehörden EMA, WHO usw. nicht gefördert oder vielleicht sogar behindert. Da ein aus abgetöteten Viren gewonnener Totimpfstoff Antikörper gegen bis zu 20 Virusproteine aufbaut ist er auch weniger anfällig durch Änderungen von einzelnen Virusproteinen bei Mutationen in seiner Wirkung ausgehebelt zu werden als die jetzt eingesetzten m-RNA Impfstoffe, die sich nur gegen ein Protein, nämlich das Spikeprotein des Coronavirus richten. Mutationen bei diesem Protein machen die m-RNA Wirkstoffe weniger wirksam oder gänzlich unwirksam.

Die Herstellung eines Totimpfstoffes könnte in zahlreichen „Schwellenländern“ weltweit auch lokal und kostengünstiger erfolgen. China hat einen solchen Totimpfstoff ja auch schon seit längerem zur Zulassung bei der EMA eingereicht und zahlreiche andere sind fertig entwickelt aber man drückt sich um die Zulassung.

Namhafte Wissenschaftler betrachten mit guten Gründen die derzeit nur bedingt zugelassenen, noch im stark verkürzten Teststadium befindlichen Corona-Impfungen als experimentelle, gentechnische Immunprophylaxe mit schon bekannten und weitgehend noch unbekanntem Risiken. Doch auch hier findet die wissenschaftliche Diskussion keinen Niederschlag in der Öffentlichkeit. Die „Wissenschaft“ würde eine sachliche Auseinandersetzung ohne finanzielle und machtpolitische Verzerrungen erfordern. Hier wäre ein offener und öffentlicher interdisziplinärer Diskurs von Virologen, Medizinern, Biologen aber auch Psychologen und Soziologen und Mathematikern dringend nötig.

Impfen von allen gegen alles!

Schürft man bei manchen Verschwörungstheorien etwas tiefer und lässt die Auswüchse kranker Phantasien weg, kommen Fakten zu Tage, die auch nicht wirklich beruhigend sind.

Schon 2018 und 2019, also deutlich vor der Covid-Pandemie gab es, wie entsprechende Dokumente der EU-Kommission zeigen, eine Impfagenda. So gibt es beispielsweise einen perfekt geplanten Impffahrplan, dessen Ziel routinemäßige **„Impfungen für alle“** heißt. Entwickelt haben diesen Schlachtplan nicht unsere Volksvertreter, sondern eine illustre Gruppe von Damen und Herren der EU-Kommission und der WHO. An der Umsetzung des Plans sind zudem zahlreiche NGOs, private Stiftungen und international agierende Konzerne beteiligt, die alle mit keinerlei Mandat oder

Legitimation ausgestattet sind. Gemäß der „Roadmap“ dieser Pläne sollte schon für 2022 ein Impfausweis für alle EU-Bürger verpflichtend sein. Die Impfstoffstrategie, die „Impfungen für alle“ ermöglichen will, lief bereits auf Hochtouren, ohne dass der Normalbürger oder möglicherweise sogar die Medien davon auch nur das Geringste ahnten.

Dass das Ganze auch eine globale Angelegenheit werden sollte, darauf weist ein „**Vaccine Confidence Project**“ der WHO, EU-Kommission und mehrere Pharmakonzerne hin. Im Rahmen einer Studie soll dieses Projekt weltweit die Stimmung in der Bevölkerung bezüglich der Corona-Pandemie einfangen, und Einstellungen zu Impfungen generell und zu den neuen Covid-19-Impfungen im Besonderen abfragen. Die Aussage von Bill Gates im deutschen Fernsehen, er wolle sieben Milliarden Menschen impfen, macht vor diesem Hintergrund nun auch kommerziell Sinn.

Nebenher läuft noch ein UN-Projekt „ID2020“ welches das Ziel hat, jeden Erdenbürger (auch den ärmsten) mit einer digitalen Identität mit Hilfe der Blockchain - Technologie zu versehen. Die Gründungsmitglieder der ID2020-Allianz sind die Impfallianz GAVI, die Rockefeller Foundation, Microsoft, Accenture und IDEO ORG. Beim genaueren Hinsehen weisen alle diese Einrichtungen

einige Beziehungen zueinander und zu bestimmten Bereichen der Gesundheitsindustrie auf, d.h. sie überschneiden sich deutlich mit den Initiatoren von „Impfungen für alle“.

Mit Impfungen sind hier nicht nur Covid-Impfungen gemeint, sondern Impfungen gegen zahlreiche weitere Erkrankungen und es geht damit immer auch eine Erfassung der Personendaten einher. Dies wird von politischer Seite ganz besonders für Migranten gefordert.

Das heißt, alles im Hinblick auf die Impfung und Erfassung der Personendaten war eigentlich schon abseits der Öffentlichkeit geplant und das Impfen gegen alle möglichen Infektionen und auch Diabetes, multiple Sklerose, Rheuma und Krebs schon im Radar und dann ist etwas zu früh die Covid-Pandemie ausgebrochen. Das erklärt so einiges an den oben aufgeführten peinlichen Zwischenfällen. Der schnell fertiggestellte m-RNA Impfstoff wurde durch die Zulassung gepeitscht und soll fortan als einzige Option für „Impfungen für alle“ dienen und muss auch für die Impfung von Kindern und Schwangeren durchgezogen werden.

Fazit: „Alles Impfen“ dient der Profit- und Machtoptimierung von Überreichen und nicht der Gesundheit der Menschen.

Weltweiter Klimastreik am 24. September 2021

Wir haben uns an der Klimademonstration aktiv beteiligt und das auf der nächsten Seite abgedruckte Flugblatt verteilt.





Unionists for Future (UFF)
Gewerkschafter*innen für die Zukunft
Gewerkschafter*innen gegen
Atomenergie und Krieg
www.atomgegner.at * gggae@gmx.at

Statt Zerstörung unseres Planeten durch:
Profittiger, Ausbeutung und Krieg, Über- und Wegwerf-
produktion, Vergewaltigungswirtschaft, Großkonzerne und
Industrielobby, profitthörige Regierungen

Klimaschutz durch:

Wirtschaften für – nicht gegen die Menschen,
Bedarfsorientierte Produktion – Erzeugung langlebiger
Produkte, achtsamer Umgang mit den Ressourcen,
Entmachtung unwilliger und unfähiger
Wirtschaftsmanager und Politapparate,
Ausstieg aus fossilen Energien und Atomkraft,
Umwertteilung von Reich zu Arm.
Solidarität und Widerstand!

Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir
herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.
Interessierte melden sich bitte unter: gggae@gmx.at
Gewerkschafter gegen Atomenergie u. Krieg
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Erkennen * handeln * verändern
UFF – es ist nicht leicht, aber
packen wir's an



**Überlassen wir unsere Erde nicht dem
zerstörerischen Profitsystem**

Seit 30 Jahren weisen zehntausende Wissenschaftler*innen nach, dass die Folgen der
Erderwärmung katastrophal und auch bald unumkehrbar sind: Die Folgen sind
Starkregen/Flutkatastrophen, Hitzewellen/Dürren/Waldbrände, Anstieg der Meeres-
piegel/Eisschmelze, Ansteigen der Armut und Fluchbewegungen. Was wir heuer erlebt
haben, war nur ein kleiner Vorgeschmack. Wenn nicht total gegengesteuert wird, werden
unsere Lebensgrundlagen ruiniert. Das wissen auch die Verantwortlichen, doch sie tun
nichts Wesentliches dagegen. **Im Gegenteil!** So haben z.B. die stärksten Industriestaaten
der Welt von 2015 – 2019 ca. 2.5 Billionen! Euro an Hilfen für die Kohle-, Öl- und Gas-
industrie aus unseren Steuergeldern ausgeschüttet, weil das, wie die Presse schreibt, in
einer Welt der Hochkonjunktur der rapide Anstieg des Energiebedarfs erfordert. Schon
lange steigt der globale CO₂-Ausstoß jährlich weiter an, zuletzt um 1% (das heißt um
ca. eine Milliarde Tonnen im Jahr) Geht es nach der Politik, Handlanger des großen
Kapitals, sollen wir, noch dazu für bloße Schemsanierungen des Klimawandels, z.B.
mit Hilfe der E-Mobilität, auch wieder alles zahlen, während die Geschäfte der großen
Konzerne boomen.

Dagegen gehen seit über 3 Jahren weltweit Millionen Menschen, vor allem Jugendliche,
auf die Straße, sie demonstrieren für ihre/unsere Zukunft zum Schutz des Klimas und
des Lebens. Sie verlangen u.a., dass die Verursacher zur Verantwortung und zur Kasse
geboten werden. 2.100 Milliarden besitzen so viel wie 60% der Weltbevölkerung, 1%
der Superreichen in Österreich besitzen über 40% des Gesamtvermögens. Was die
Millionäre angeht, haben, wurde zuvor über Jahrzehnte von Millionen von
arbeitenden Menschen erwirtschaftet und wurde ihnen durch niedrige Löhne, Gehälter
und Pensionen vorenthalten! Das ist völlig ungerecht. Das Geld ist da. Es ist nur falsch
verteilt. Mit diesem Geld können der Klimawandel bekämpft, die Umwelt geschützt und
unsere Sozialsysteme abgesichert werden. Das schwächt zwar das Profitmachen einiger
Weniger, erhöht aber Lebens- und Umweltqualität der Masse der Menschen.

**Gegen die „Freiheit“ des Kapitals unsere Welt zu ruinieren –
für das Leben auf der Erde**

Dazu braucht es: z.B.: Ausbau des öffentlichen Verkehrs statt Förderung des
Individualverkehrs, langlebige Produkte statt Wegwerferzeugnisse. Es bedeutet auch
weniger Arbeiten statt mehr Arbeiten – Arbeitszeiterkürzung bei vollem Lohn- und
Personalausgleich. Das Ziel ist letztlich eine Solidar- und Gemeinwirtschaft statt
Konkurrenz- und Profittwirtschaft.

Unsere Kraft, unsere Fähigkeiten, unser Einsatz macht es möglich, ein lebenswertes
Leben für alle zu erreichen.

**Dazu braucht es u.a. eine Umverteilung zu Gunsten der großen Mehrheit,
dazu braucht es Gerechtigkeit.**

**Die Erde gehört uns allen,
eignen wir sie uns an.**

Fake News am Beispiel des „Konflikts“ USA versus China, samt europäischer Beteiligung

Fake news heißt gefälschte, falsche Nachrichten, also Lügen.

Fake news sind heute in aller Munde. Die Regierenden und all ihre Medien verbreiten tagtäglich fake news. Sie und ihre Medien überbieten sich gleichzeitig dabei uns weiszumachen, dass sie die Wahrheit schreiben und sie die „fake news“ der anderen Seite enthüllen. Die Berichterstattung über den Konflikt zwischen den USA und China ist ein gutes Beispiel dafür. Sie enthält seit 20 Jahren meistens fake news, also Lügen.

Anlässlich des gerade geschlossenen Sicherheitspakt zwischen USA, Großbritannien und

Australien der sich gegen China richtet, hat Australien bei den USA 8 atombetriebene Unterseeboote gekauft.

US Präsident Joe Biden warnte dann bei einer Ansprache im September **„vor sich rasch entwickelnden Bedrohungen in der Region“** und **meinte** damit **China** (Die Presse 17.09. 2021) Bei der UNO Generalversammlung in New York am 22.09. 2021 sagte J. Biden dann u.a. „Amerika werde mit China konkurrieren...“ **„Aber wir wollen keinen neuen kalten Krieg...“** Und die gesamte Weltpresse gab das auch unkommentiert wieder. Die USA, sagt Biden also, wollen keinen neuen kalten Krieg. Sie führen jedoch seit Jahrzehnten überall auf der Welt heiße, d.h. richtige Kriege und sie bereiten sich ja seit 20 Jahren auf einen Krieg gegen China vor. Wirtschaftlich von der EU überflügelt, ist die USA jedoch militärisch schon lange die einzige Supermacht. Sie nimmt um der Profite Willen jeden Krieg, auch einen großen Krieg, selbst einen Weltenbrand in Kauf. Die USA brauchen für ihre Kriege **Bedrohungsszenarien bzw. Feindbilder** u.a. um ihre Kriegspolitik vor der eigenen Bevölkerung zu legitimieren, die weit über 1000 Milliarden Dollar pro Jahr für das Militärbudget, weitere Milliarden als Kriegs- bzw. Folgekosten aus Steuern zu finanzieren, die Soldaten zu motivieren und leichter Verbündete für ihre Herrschaftspläne zu gewinnen. Unter dem Vorwand, sich gegen Schurkenstaaten, Diktatoren einzusetzen, unter dem Vorwand, sich für die Verteidigung der freien Welt und westliche Werte bzw. Menschenrechte einzusetzen, soll jedes Regime, das sich den US-Plänen widersetzt, ausgeschaltet werden.

Schon 2011 erklärte US-Außenministerin Hillary Clinton das 21.Jahrhundert zum „Pazifischen Jahrhundert der Vereinigten Staaten“ (Foreign policy 11.10.2011) und dass Amerika für die nächsten sechzig Jahre in der asiatisch-pazifischen Region präsent und dominant bleiben werde. In der Region haben sie schon unter dem Vorwand für Freiheit und Demokratie zu kämpfen, gegen die Völker in Korea, Vietnam, Afghanistan und Irak Krieg geführt. 2012 hatten die

USA schon ca. 28 Tausend Mann Streitkräfte in Südkorea und ihr Verbündeter Südkorea ca. 550 000 Mann unter Waffen. Dazu kommen insbesondere die US-Streitkräfte in Japan (35000 Mann), die amerikanische Pazifikflotte und die Truppen an der Westküste der USA: So verfügt allein die US-Pazifik Flotte über insgesamt 140.000 Soldaten, 180 Kriegsschiffe und 2.000 Flugzeuge. Die 7. Flotte im Pazifik ist mit den meisten Atomraketen bestückt! Im Oktober 2012 sagte Obamas Verteidigungsminister R. Panetta, dass bis 2020 die Mehrheit (60%) der US-Seestreitkräfte im Asien-Pazifik Raum stationiert sein werden. Das beinhaltet 6 Flugzeugträger, die Mehrheit der Kreuzer, Zerstörer, Kriegsschiffe für küstennahe Gefechtsführung und U-Boote. Diese Region hat Top Priorität. Die Verlegung dieser Seestreitkräfte wird von einer Reihe von US-Militärmanövern begleitet, bei der Luftstreitkräfte, Marine und Landstreitkräfte (Armee) beteiligt sind. Die meisten der Manöver in der Region halten die USA heute gemeinsam mit ihren Verbündeten ab. Außer Nordkorea ist fast jeder andere Staat (d.h. die Regierungen) in der Region entweder offizieller Verbündeter der USA wie Japan, Südkorea, Philippinen und Australien oder ein Vasallen-Staat der USA wie Taiwan und Singapur, Malaysia, Pakistan. Die USA haben Stützpunkte in Guam, Okinawa, schon 2012 hat die USA einen Marinestützpunkt in Nordaustralien erhalten. 2017 betrug allein die US-Streitkräfte in Japan ca. 50.000 – 100 000 Mann.

Zur Region gehört auch die wirtschaftlich und strategisch wichtige Straße von Malakka. Ca. 2000 Schiffe täglich, ca. 80% von Chinas Erdöl und Erdgasimporten, gehen durch die Straße von Malakka. An ihrer engsten Stelle ist sie nur 2,8 km breit. Allein ca. 25.000 Erdöltanker und ca. 41000 Frachtschiffe pro Jahr passieren die enge Seestraße. Malakka (zwischen Malaysia und Sumatra) zählt wie die Straße von Hormus (zwischen Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten/Oman/Katar/Kuweit - engste Stelle 38 km) zu den sog. „Erstickungspunkten“, um in US-Terminologie China die lebenswichtigen Erdöl- und Erdgasversorgung abzuschneiden. Durch die Straße von Hormus werden per Öltanker 40% des Weltölverbrauchs transportiert.

Die USA gaben 2020 ca. 780 Milliarden Dollar für Rüstung aus, China 215 Milliarden Dollar. Rechnet man das pro Kopf, China hat vier Mal so viel Einwohner wie die USA haben, dann heißt das, dass die USA ein ca. vierzehn Mal höheres Militärbudget als China hat.

Die USA bedienen sich fake news im Dienste der Aufrüstung zu weiteren Kriegen und Europa, die EU macht mit.

Und was macht das neutrale Österreich?

Alexander Schallenberg, jetzt Bundeskanzler, davor der Außenminister des neutralen Österreich, macht bei den Kriegstreibern mit.

Schallenberg's Aussagen, insbesondere der letzten Zeit, lassen tief und weit blicken, was die österreichische Regierung mit unserem Land und seinen Menschen vorhat: Österreich soll an der Seite Deutschlands im Rahmen der EU-Armee aufrüsten und sich an Kriegen im Interesse der Konzerne beteiligen.

Hier Auszüge aus Außenminister Schallenberg's Kriegsrhetorik:

Schallenberg: „Mehr denn je scheint Europa von einem Ring aus Feuer umgeben zu sein. Dieser reicht von der Westsahara über Libyen, Syrien, den Libanon und den Iran bis nach Berg-Karabach und Weißrussland. Entweder gelingt es uns, Stabilität und Sicherheit in unsere Nachbarschaft zu exportieren, oder wir riskieren den Import von Instabilität und Unsicherheit“ (Kronen-Zeitung 12.12. 2020). Nochmals Außenminister Schallenberg: „Europa ist von einem Feuerring an Krisenherden umgeben. Sie rücken immer näher“. Selbst weit entfernte berühren uns heute – „etwa Afghanistan, ein schwarzes Loch, das die gesamte Region

mitreißen könnte ...“ ... „Europa muss sich nun auf eigene Beine stellen, etwa militärisch, Österreich ist da auch gefordert“ (Kronen-Zeitung 26.09. 2021)!

Der frühere Außenminister und jetzige Bundeskanzler des neutralen Österreich fordert also, dass Österreich militärisch bei Europas Plänen der „Eindämmung Chinas“ mitmachen (Kronen-Zeitung 26.09. 2021).

Das ist ungeheuerlich. Schallenberg, der sich als Außenminister bei der Friedensbewegung durch Propagierung des Zivilen Friedensdienstes oder als Vorreiter des Atomsperrvertrages beliebt machen will, tritt vor der Weltöffentlichkeit als Kriegstreiber auf – und das alles als Regierungsvertreter des neutralen Österreichs. Er beteiligt sich an den Bedrohungs-szenarien, die uns Aufrüstung und Marschieren plausibel machen sollen.

Das neutrale Österreich wird von niemandem bedroht. Nur und erst durch die Einbindung in die EU-Aufrüstung (PESCO) und die Aussagen des Außenministers und durch die Taten von Regierung und Verteidigungsministerin, die Österreich im Widerspruch zum und entgegen des Neutralitätsgesetzes in EU-Aufrüstung- und Kriegsvorbereitungen hineinziehen und integrieren wollen, ist Österreich bedroht! Das ist politischer Landesverrat!

Facebook lässt wissentlich Handel mit Haussklav*innen lange zu!

Die BBC deckte 2019 einen Online-Markt für den Kauf und Verkauf von Haussklav*innen auf. Unter den dazu benutzten APPS befand sich auch Instagram das zu Facebook gehört.

Die Apps waren in arabischer Sprache und wurden vor allem in Saudi-Arabien und Kuwait genutzt.

Facebook soll jedoch wenige Ambitionen gezeigt haben, hart gegen den Menschenhandel vorzugehen.

Zögerliches Vorgehen

Nach einer Aufforderung von Apple soll sich das Online-Netzwerk nur zu „begrenzten Maßnahmen“ bereit erklärt haben, heißt es in den Berichten. Erst als Apple Facebook androhte, seine Apps aus dem App Store zu werfen, soll Facebook sein Vorgehen gegen den Sklav*innenhandel verschärft haben. Hashtags, die für den Menschenhandel genutzt

wurden, wurden gesperrt und Tausende Accounts von Instagram entfernt.

Interne Unterlagen, die dem „Wall Street Journal“ zugespielt wurden, deuten auch darauf hin, dass Facebook bereits vor den Recherchen der BBC von dem Menschenhandel wusste.

Sein Vorgehen gegen Menschenhandel hat das Online-Netzwerk mittlerweile verschärft. Inhalte im Zusammenhang mit Sklaverei und häuslicher Knechtschaft werden auch mit einer eigenen Technologie herausgefiltert. Gegenüber der BBC heißt es, dass seit Jänner 2020 auf diese Art mehr als 4.000 Postings in Englisch und Arabisch entfernt wurden.

Fazit!!!! Nur weil sich der Sklavenhandel geschäftsschädigend für Facebook auswirkte wurde dagegen vorgegangen!!! Sonst hat Facebook **kein Problem mit dem Sklav*innenhandel !!!!!**

Wir laden ein für Mittwoch 20. Oktober 2021:

Wer teilnehmen will, meldet sich bitte an unter: ggae@gmx.at

Make NEUTRALITÄT Great Again!

Friedensveranstaltung zum 66. Jahrestag der Beschlussfassung der immerwährenden Neutralität Österreichs

Datum: **Mittwoch, 20. Oktober 2021**

Ort: **RIVERBOX, ÖGB-Catamaran (Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien) & Online**

Zeit: **18.30 – 20.30 Uhr**

211. Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Vor 66 Jahren, am **26. Oktober 1955**, wurde das österreichische Neutralitätsgesetz beschlossen, welches besagt, dass Österreich keine militärischen Aktivitäten fremder Staaten auf seinem Gebiet zulässt und keinen militärischen Bündnissen beitrifft. Bis heute wird die **immerwährende Neutralität** von der überwältigenden Mehrheit der ÖsterreicherInnen unterstützt, obgleich sie in den vergangenen Jahren immer weiter ausgehöhlt wurde. Gemeinsam mit ExpertInnen und aktiven PolitikerInnen wollen wir im Rahmen dieser

(Online-)Diskussionsveranstaltung konkrete Vorschläge zur Stärkung der Neutralität und einer **aktiven Friedenspolitik** besprechen und die Frage erläutern, wie Österreich auf Basis der Neutralität eine noch größere und aktivere Rolle als Friedensvermittler einnehmen kann. (Online-)Diskussionsveranstaltung konkrete Vorschläge zur Stärkung der Neutralität und einer **aktiven Friedenspolitik** besprechen und die Frage erläutern, wie Österreich auf Basis der Neutralität eine noch größere und aktivere Rolle als Friedensvermittler einnehmen kann.

Ablauf (18.30 – 20.30 Uhr):

- Begrüßungsstatement von ÖGB-Präsident **Wolfgang Katzian**
- Input-Referat von Priv.-Doz. Mag. Dr. **Thomas Roithner** (Friedensforscher)
- Podiumsgespräch mit NR Dr. **Ewa Ernst-Dziedzic** (außenpolitische Sprecherin der Grünen), NR **Robert Laimer** (Wehrsprecher der SPÖ), Dr. **Wilfried Leisch** (Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg), MA **Elisabeth Kapeller** (WILPF Austria - Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Zweig Österreich) und **Thomas Roithner** (Moderation: **Isabelle Ourny**, ÖGB)
- Abschlussstatement von Dr. **Marcus Strohmeier**, Internationaler Sekretär im ÖGB.

Die Veranstaltung wird live auf dem youtube-Kanal „ÖGB International“ und [facebook.com/wusaoegb](https://www.facebook.com/wusaoegb) übertragen.



COVID-Hinweis: Es gilt die 3-G-Regel. Bitte weisen Sie beim Betreten der Veranstaltung eine Bestätigung vor, ob sie getestet, geimpft oder genesen sind.

In Kooperation mit:



Gewerkschafter*innen
gegen Atomenergie und Krieg
www.atomstopp.at

Solidarität
unsere Chance

26. Oktober 2021

**Helft mit! Setzen wir ein
Zeichen für die Neutralität!**

**Dienstag, 26. Oktober
2021 ab 10.00 Uhr**

TAG DER NEUTRALITÄT

**Neutralität statt Kriegshetze
und Kriegsteilnahme!**

Aktionstag: Kundgebung +
Flugblattverteilaktion ab 10.00Uhr,

**Treffpunkt: 1010 Wien, Nähe
Burgring 6, vor dem Eingang
Volksgarten zum Heldenplatz,
zwischen Radweg und
Fahrbahn/Straße/Ring**

Anfragen und Anmeldung bitte an:
ggae@gmx.at

*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

*Mit kollegialen Grüßen, „Gewerkschafter*innen
gegen Atomenergie und Krieg“*

2. November 2021

DISKUSSIONS- VERANSTALTUNG

Dienstag, 2. Nov. 2021, 19.00 Uhr

Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070
Wien, Erdgeschoß, Raum 4

**Steuerreform:
Weder öko, noch sozial!**

Welche Wege führen aus der
Klimakatastrophe?

Mitten in der Dauerkorruption der Regierenden, Ausbau des Überwachungsstaates und der Profitwirtschaft, Umbau der Republik in einen autoritären ÖVP-Staat, die Corona-Pandemie nicht bewältigt, dafür aber die Bevölkerung weiter gegeneinander aufgehetzt wird, verkündet die Regierung eine "öko-soziale" Steuerreform. Wie diese weder sozial noch ökologisch noch gegen den Kampf gegen die Klimakatastrophe hilft, sondern weiter nur die Konzerne reicher macht, sowie mögliche Wege aus der Krise und was wir wie dazu tun können, wollen wir an diesem Abend diskutieren.

Anmeldung unter: ggae@gmx.at

Es gilt die 3-G-Regel.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriff, H. Tschida

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; **Empfänger*in:**
Gewerkschafter gegen Atomenergie,
Verwendungszweck: Spende

Österreichische Post AG

SP 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum/

